

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	24. März 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

**Punkt 17 der Tagesordnung: Bericht zu den Lebenslagen von im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit Zugewanderten**  
**Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach, Dr. Ute Leidig und Renate Rastätter, der Stadträte Michael Borner und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 10. Februar 2015**

**Vorlage: 2015/0116**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Geiger (GRÜNE):** Seit der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für die jüngsten Mitglieder der Europäischen Union ist dieses Thema immer mal wieder in der Presse rauf- und runtergeschrieben worden. Sie haben gemerkt, wir haben uns bemüht, es neutral zu formulieren. Die Stadtverwaltung hat aber gleich in der Antwort dann Bezug genommen auf die Debatte, die jetzt gerade um die Zuwanderung aus dem südöstlichen Europa heraus geschieht. Wir sind mit der Antwort soweit einverstanden. Sie nehmen ja unser Begehren auf, wollen eine stadtweite Untersuchung dazu machen, dass wir vorbereitet sind auf alle Eventualitäten. Es geht nicht darum, das möchte ich explizit betonen, mit dem Finger auf eine spezielle Gruppe von Zugewanderten zu zeigen, sondern tatsächlich Problemlagen noch im Entstehen erkennen zu können und die richtigen Schritte einzuleiten, um diesem Problem begegnen zu können. An verschiedenen Stellen haben wir schon erste Hinweise, sei es beim Thema Obdachlosenunterkunft, wo wir im Sozialausschuss schon von der Betroffenheit vieler Familien aus diesem Zuwanderungsbereich erfahren haben. Alles Weitere lässt sich viel besser dann im Ausschuss beraten, wenn wir die Datengrundlagen erst mal erhoben haben. Wir sind mit der Antwort soweit einverstanden.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Auch von unserer Seite begrüßen wir das durchaus und sind auch gespannt auf die Zahlen, die dann in den Fachausschüssen kommen, zumal jetzt eine Lücke hinsichtlich der Erkenntnisse Zuwanderung aus den EU-Staaten im Südosten gegeben ist. Für uns ist auch ein anderer Aspekt interessant, nämlich Zuwanderung auch von Facharbeitern. Wir haben auch in anderen Bereichen noch mal das Thema Anerkennung beruflicher Abschlüsse. Da sind auch viele Bewerber da. Wenn diese Erhebung dann erfolgt, werden wir auch darüber Erkenntnisse erlangen, und wie gesagt, erwarten wir das mit Spannung.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die Lebenslagen sind sehr unterschiedlich. Ich arbeite bei Siemens mit einem Ingenieur aus der Slowakei zusammen, der seit ein paar Jahren da ist. Ich kenne in der Südstadt ein paar Polen, die auch regelmäßig arbeiten, aber sehr beengt wohnen. Der Wohnungsmangel macht sich hier bemerkbar. Ich kenne auch andere Zuwanderer, die sich zum Teil selbständig mit mehr oder weniger Arbeit durchschlagen. Die Datenlage ist wirklich sehr bescheiden. Deshalb ist der Ansatz in der Antwort gut, einen Arbeitskreis zu gründen bei der Stadtverwaltung, der ausgeht von den Daten des Ordnungsamtes, denn nur da sind wirklich alle erfasst, die zumindest hier in Karlsruhe gemeldet sind. Wenn man dann weitergeht, die anderen Teilnehmer am Tisch sieht, ist es klar, dass von verschiedenen Perspektiven, ich nenne jetzt mal Notunterkunft Kriegsstraße usw., ganz andere Aspekte mit reinkommen. Aber um die umfassende Datenlage zu erfassen, ist die Vorgehensweise der Verwaltung auf jeden Fall die richtige und findet unsere volle Unterstützung als SPD-Fraktion. Wir sind auch gespannt, welche Ergebnisse im Migrationsbeirat und Sozialausschuss dann zu hören sind.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Auch die KULT sieht die Notwendigkeit, eine solide Grundlage für die Entscheidungen zu haben, um Mitmenschen in Karlsruhe aus prekären Abhängigkeiten herauszubekommen. Insbesondere EU-Bürger, die aus fremden Ländern mit abweichenden Kultur- und Sprachkreisen kommen, tun sich etwas schwer mit der Nutzung vorhandener Unterstützung, um sich von sich aus in unserer Stadt erfolgreich zu etablieren. Gerade die Bereitschaft, das vertraute Zuhause zu verlassen, zeigt deren Motivation, aus eigener Kraft das Leben zu gestalten. Die Antwort der Verwaltung zeigt, „Keine gesicherten Erkenntnisse“ und möchte ein differenziertes Bild über die Lebensbedingungen erstellen, wobei in der Antwort mehrfach etwas unklare Situationen aufgebaut werden. Es wird beispielsweise von der Perspektivlosigkeit als Kernmotivation für die Auswanderung gesprochen. Es gibt momentan keine Zahlen, also ist es insofern zunächst mal Spekulation. Auch Hinweise auf prekäre Lebensverhältnisse seitens Diakonischen Werks, Bahnhofsmission, Migrationsberatungsstellen und dergleichen, das sind alles soziale Einrichtungen, die einen natürlich sehr speziellen Blick auf dieses Thema haben und damit möglicherweise einfach anders bewerten, als es tatsächlich der Fall ist. Es fehlen die Daten als Grundlage.

Das mit der Wohnungssituation ist natürlich eben so ein Problem. Die angespannte Lage im Wohnungsmarkt lässt Leute mit Mangel an Sprachkenntnissen oder mit unsicherem Einkommen als erstes hintenüber fallen. Das sind eben dann die Leute, die in der Obdachlosenbetreuung landen. Ganz am Schluss wird in der Antwort noch davon gesprochen, dass das Diakonische Werk 2015 eine Antragstellung beim Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen plant. Auch denen wird eine solche Zahlenbasis sicher eine willkommene Argumentationshilfe sein. Inso-

fern sind wir mit der Antwort schon einverstanden. Es wäre schön, wenn ein bisschen weniger Spekulation drin gewesen wäre. Aber wir stimmen dem zu.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ich kenne die Obdachlosensituation in Karlsruhe ganz gut, weil ich gute Mitarbeiter habe, die dort ehrenamtlich arbeiten. Wenn bei diesem Antrag auch gesagt wurde, man hat keine Namen von Ländern genannt, dann ist es eine Tatsache, dass wir besonders aus Rumänien ganz viele Obdachlose haben. Es ist eine steigende Zahl hier in Karlsruhe. Ich freue mich von Herzen über diesen Antrag, weil ich viele Schicksale kenne, die furchtbar sind. Wir wollen sehr gerne mitarbeiten.

**Der Vorsitzende:** Sie stimmen dem vorgeschlagenen Verfahren zu. Dann warten wir die Zahlen ab. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass nicht der Eindruck erweckt wird, wir erfassen jetzt alle Lebenslagen aller aus Südosteuropa zugewanderten Menschen explizit, sondern es ist richtig, dass wir die Datenlage zusammentragen, dass wir hier besonders Lebenslagen versuchen in ihrer Entwicklung herauszuarbeiten, die ein städtisches Handeln erfordern. Dass wir die noch nicht kennen zeigt ja, dass es hier offensichtlich nicht so dramatisch ist an bestimmten Punkten, wie wir das aus anderen Städten kennen, denn da sind die Lebenslagen bekannt. Die Zahl der Zuwanderung aus einigen südosteuropäischen Ländern ist ja durchaus, zumindest mal statistisch betrachtet, relativ deutlich. Von daher ist das die richtige Vorgehensweise.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Entschuldigung, ich will das nicht verlängern. Das war aber doch eine logische Schlussfolgerung, die absolut richtig ist. Wir haben unglaublich viele ehrenamtliche Leute hier, die wir statistisch nicht erfassen. Es gibt dort einen unglaublichen ehrenamtlichen Einsatz.

**Der Vorsitzende:** Das wollte ich auch gar nicht in Frage stellen. Die sollten wir alle zusammenholen und dann gucken wir, was wir über die Zusammenführung der Daten und Beobachtungen erfassen können.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
24. April 2015